Die mit 8,8 Millionen im Jahr vom Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie finanzierte, sich selbst als „neoliberal“ bekennende Gehirnwaschagentur „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ hat sich für ihre Kampagne für die Studiengebühren mal wieder ein neues Täuschungsmanöver ausgedacht: Unter der Deckadresse „Unicheck.de von Studenten für Studenten“ sollten Studierendenvertretungen bewerten, wie gut oder wie schlecht die eingenommenen Studiengebühren von den Hochschulen verwendet werden. Die Ergebnisse sollen offenbar heute auf einer Pressekonferenz vorgestellt werden und von der Financial Times Deutschland und von der als Werbebroschüre verpackten und meistverteilten Studentenzeitung „Unicum“ medial vermarktet werden: „Wer Anfang April ahnungslos auf die Mail von Thorsten Schröder geantwortet hat, könnte sich dann plötzlich als Statist einer gut geplanten Pro-Gebühren-Kampagne wiederfinden“ schreibt der ausnahmsweise einmal INSM-kritische UniSpiegel. Wolfgang Lieb.

Dieses PR-Projekt ist ganz typisch für das manipulative Vorgehen der INSM.

- Man gibt sich selbst und seinen PR-Aktionen einen neutralen Anschein, womöglich sogar einen Anstrich eines sozialen Engagements.
- Man schafft einen „Event“ oder eine Aktion mit einer (verdeckten) einseitigen politischen Ausrichtung, bei „Unicheck“ z.B. “Wir diskutieren nicht mehr, ob Gebühren oder nicht, sondern jetzt sind sie da und wir schauen, was wird mit Eurem Geld gemacht.”
- Man leitet daraus eine von der INSM politisch erwünschte „Botschaft“ ab.
- Man verkündet diese Botschaft auf einer Pressekonferenz und sucht sich (möglichst neutral geltende) Medien, die diese Botschaft dann als redaktionelle Meldung verarbeiten und verbreiten.
- Spätestens wenn dann – wie in diesem Falle geplant durch die Financial Times Deutschland – diese Botschaft als journalistische Meldung verbreitet wird, ziehen ein Großteil der Medien nach und liefern den gewünschten Resonanzboden.

Auf diese Art und Weise verbreitet nun schon seit über drei Jahre die INSM ihre Botschaften über „notwendige Reformen“, über „Vorfahrt für den Markt“, über den „demografischen Wandel“ und die Notwendigkeit privater Vorsorge, über „marktwirtschaftliche Lösungen“ bei der Nachhaltigkeit, über die Senkung der Lohn- oder der Lohnebenkosten, über die Lockerung des Kündigungsschutzes oder der Deregulierung des Arbeitsmarktes, über den

„schlanken Staat“ und über den Segen der Senkung von Unternehmenssteuern, für die Privatisierung des Bildungswesens und besonders heftig für die Einführung von Studiengebühren.

Die INSM ist als Tarnorganisation von Unternehmerverbänden, wegen ihres neutralen Anstrichs wesentlich effizienter in ihrer Meinungsbeeinflussung als die Dachorganisationen der Unternehmerverbände selbst, die ja ihre Rolle als Interessenvertreter nicht verheimlichen können.
Aufgrund der Tarnung findet die INSM mit ihren Events auch ungehinderten Eingang in die Medienberichterstattung, zumal sich einzelne Medien auch nur allzu gerne als journalistische Vermarkter der Botschaften andienen.
Die „Botschafter“ der INSM werden als Interviewpartner oder Talk-Show-Gäste höchst selten auf ihre Propagandatätigkeit angesprochen, sondern meist als „Experten“ eingeführt.

Wer darauf hinweist, dass die INSM und ihre Propagandisten nichts anderes als einseitigen interessenorientierten Lobbyismus betreiben, wird als „Verschwörer“ abgetan.

Obwohl jedem einigermaßen informierten Journalisten inzwischen wirklich bekannt sein müsste, wer hinter der INSM steckt, welche Interessen sie propagiert und mit welchen PR-Mitteln sie arbeitet, wird diese Propagandaagentur, werden ihre Botschafter und ihre Botschaften nach wie vor meist ohne jegliche kritische Distanz in der veröffentlichten Meinung verbreitet. Und Politiker lassen sich ohne jede Scheu vor den Karren der INSM spannen.

Man könnte kein besseres Beispiel für die permanente Manipulation der öffentlichen Meinung, für den Niedergang des kritischen Journalismus und für den Einfluss des Lobbyismus auf die Politik erfinden, wenn es die INSM nicht schon gäbe.

p.s.: Es gibt inzwischen sogar die Vermutung, die INSM würde versuchen mit Satellitenseiten die Suchergebnisse von Google zum Thema INSM fluten, damit kritische Beiträge schwieriger zu finden sind. Anhaltspunkt ist eine Seite mit Notizen, in denen der Suchmaschinenoptimierer offenbar eine seiner E-Mails an einen Verantwortlichen der INSM mit konkreten Anweisungen zur Linkoptimierung veröffentlicht hat.

Vgl. die Weblogs “Mein Parteibuch” und Perspektive 2010.

Offen gestanden sind wir ein wenig stolz darauf, dass die NachDenkSeiten als Kritiker der INSM dabei am meisten „rote Punkte“ gesammelt hat.

Wir selbst haben es auch schon häufiger als merkwürdig empfunden, dass wenn man bei Google in die Suchfunktion „INSM“ eingibt bis zur Seite 30 (mehr habe ich nicht durchgescrollt) kein einziger Beitrag von den NachDenkSeiten vermerkt ist.

Ganz anders sieht es allerdings aus, wenn man bei Google nach „INSM + Nachdenkseiten“ sucht. Letztere Suchergebnisse zeigen, dass unsere Website mit ihren Beiträgen zur INSM doch sehr zahlreich rezipiert wird.
Schon komisch, dass Google die NachDenkSeiten unter dem Suchwort INSM (alleine genommen) nicht findet.
Finden Sie nicht auch?